

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Hermann Brückl, MA
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Deutsch vor Schuleintritt**

Aktuellen Medienberichten zufolge fehlen in der Bundeshauptstadt Wien jedem fünften Volksschüler die nötigen Deutschkenntnisse, um dem Unterricht zu folgen. Unter den Erstklässlern sprechen sogar 44,6 Prozent die deutsche Sprache nicht, davon sind jedoch bereits 61 Prozent in Österreich geboren.¹ Ohne Kenntnisse der deutschen Sprache können jedoch weder die Bildungsziele erreicht werden, noch kann erfolgreiche Integration gelingen.

Im Nationalen Bildungsbericht wird ebenso als wesentlicher Faktor für den Bildungserfolg das ausreichende Verstehen der Unterrichtssprache betrachtet, die mit wenigen Ausnahmen Deutsch ist.² Weiters heißt es dort:

Österreichweit haben 2022/23 unter den Schülerinnen und Schülern der Primarstufe 66 % ausschließlich Deutsch, 7 % Deutsch und eine oder mehrere andere Alltagssprache(n) und mit 28 % mehr als ein Viertel ausschließlich eine oder mehrere andere Alltagssprachen.

Der nicht deutschsprachige Anteil der Schülerinnen und Schüler variiert nach Bundesland bzw. Urbanität. Während dieser in dünn besiedelten Gemeinden mit 9 % eher gering ist, ist er in dicht besiedelten mit 53 % mehr als fünfmal so hoch. Wien übertrifft diesen Wert noch um weitere sechs Prozentpunkte, während Kärnten mit 10 % den kleinsten Anteilswert aufweist. [...]

Eine starke Verdichtung von Merkmalen (nichtdeutsche Alltagssprache, niedriger Berufsstatus und niedrige formale Bildung der Eltern), die mit Risiken für den Bildungserfolg verbunden sind, existiert bei Kindern mit Migrationshintergrund.³

Im Interesse der Gesellschaft und des Bildungserfolges unserer Schüler bedarf es nun der Umsetzung einiger Maßnahmen, die sowohl im FPÖ- als auch im ÖVP-Wahlprogramm gefordert und im Rahmen der im Jänner und Februar 2025 stattgefundenen Koalitionsverhandlungen von FPÖ und ÖVP auch detaillierter ausgearbeitet wurden:

Maßnahmenpaket „Deutsch vor Schuleintritt“

- 1. Sprachstandserhebungen vor Schuleintritt:** Standardisierte und harmonisierte Sprachstandserhebungen sollen bereits zwei Jahre vor Schuleintritt im Kindergarten verpflichtend durchgeführt werden.

¹ Vgl. John, G. (2024, 24. November): Schlechtes Deutsch und andere Defizite: Das Scheitern beginnt nicht erst an der Schule, In: Der Standard, URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000246167/schlechtes-deutsch-und-andere-defizite-das-scheitern-beginnt-nicht-erst-an-der-schule> (aufgerufen am 18.2.2025).

² Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2024, S. 195.

³ Ebd., S. 195f.

2. **Festlegung sprachlicher Standards in der Schulreifeverordnung:** Es sollen Definitionen genauer sprachlicher Standards in der Schulreifeverordnung implementiert werden, um anhand dieser einen Kriterienkatalog für die Schulreife zu erstellen.
3. **Verpflichtende Vorschulklasse:** Bei einem nicht ausreichenden deutschen Sprachniveau ist der Besuch einer Vorschulklasse zur gezielten Förderung der Deutschkenntnisse verpflichtend, bevor der Eintritt in den Regelschulbetrieb erfolgen kann.
4. **Implementierung von Orientierungsklassen:** Für unterjährig neu eintretende Schüler, die keine oder nur geringe Deutschkenntnisse aufweisen, sollen sogenannte Orientierungsklassen eröffnet werden, welche ebenso gezielte Sprachförderung anbieten.
5. **Gezielte Förderung der Sprache:** Deutschförderangebote sollen im Pflichtschulbereich verstärkt ausgebaut werden.
6. **Ausweitung der Sommerschule:** Für Schüler mit Deutschförderbedarf soll eine ausgeweitete Sommerschule verpflichtend werden.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die die Umsetzung des dargestellten Maßnahmenpakets „Deutsch vor Schuleintritt“ beinhaltet.“


(SPALZ)


(BRECK)


(GRATZ M.)


(STEINER)


(KLEINFELDER)

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Bildungsausschuss ersucht.

